



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT
DIE MINISTERIN

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Postfach 10 34 42 • 70029 Stuttgart

An alle
Kindertageseinrichtungen,
allgemein bildenden Schulen,
beruflichen Schulen im Land und
an die Schulträger

Stuttgart Juli 2011

Aktenzeichen Z/Ö
(Bitte bei Antwort angeben)

—
Liebe Erzieherinnen und Erzieher,
liebe Schulleiterinnen und Schulleiter,
liebe Lehrerinnen und Lehrer,
liebe Schülerinnen und Schüler,
liebe Eltern,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Menschen in Baden-Württemberg haben sich für eine neue Politik mit einem neuen Stil entschieden – eine Politik, die Sorgen und Hoffnungen der Menschen ernst nimmt und gute Ideen und Konzepte unterstützt. Die grün-rote Landesregierung versteht Bildungspolitik als einen Prozess, der von unten wächst. Auf vielfältige Weise gestalten Sie alle die Rahmenbedingungen für eine förderliche Lernatmosphäre in der jeweiligen Kindertageseinrichtung bzw. Schule mit. Ich danke Ihnen für Ihr großes Engagement und ermutige Sie, Ihr Wissen und Ihre Erfahrungen in den Veränderungsprozess einzubringen. Ich möchte die positive Aufbruchstimmung, die bei Ihnen und den Menschen im Land spürbar ist, aufgreifen. Ich werde Ihnen zuhören, Ihre Ideen sowie Ihre Kritik gewissenhaft prüfen und Entscheidungen transparent machen. Auf diese Weise soll eine gemeinsam verantwortete Bildungspolitik entstehen.

Es ist mir Ansporn und Verpflichtung, beste Bildungschancen für alle zu schaffen. Kinder und Jugendliche individuell zu fördern, ihre Verschiedenheit als Wert anzuerkennen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten und Potenziale zu entfalten, sind die Leitgedanken unserer Bildungspolitik. Dazu zählen für mich selbstverständlich auch Kinder mit Behinderungen als Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen dabei alle Bildungseinrichtungen unterstützen, sich verstärkt auf die Unterschiedlichkeit der jungen Men-

schen einzustellen. Einige der wichtigsten bildungspolitischen Vorhaben der neuen Landesregierung möchte ich Ihnen im Folgenden kurz darlegen.

Die **frühkindliche Bildung** ist für uns von großer Bedeutung. Wir beabsichtigen, den Orientierungsplan für alle Kindertageseinrichtungen verbindlich einzuführen und deren Personalausstattung zu verbessern, mit der Sprachförderung früher zu beginnen und die Kommunen dabei zu unterstützen, den Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und Betreuung auch für Kinder unter drei Jahren zu verwirklichen. Besondere Aufmerksamkeit wird hierbei auch Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf geschenkt. Wir wollen die Kooperation der Kindertageseinrichtungen mit den Grundschulen weiter verbessern. Die für diese Maßnahmen erforderlichen Rahmenbedingungen werden wir im partnerschaftlichen Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden und den freien Trägern der Kindertageseinrichtungen schaffen. Gleichzeitig wollen wir einen Aktionsplan zur Gewinnung von pädagogischen Fachkräften entwickeln.

Im Schulbereich soll zum Schuljahr 2012/2013 die **verbindliche Grundschulempfehlung** durch eine qualifizierte Beratung der Eltern ersetzt werden. Das bedeutet, dass die Eltern bereits im Beratungsverfahren im Frühjahr 2012 die Entscheidung über die weiterführende Schule für ihr Kind treffen können.

Wir streben an, zum Schuljahr 2012/2013 das Schulgesetz so zu ändern, dass Kommunen **Gemeinschaftsschulen** einrichten können. Die Vorbereitungen hierfür laufen bereits. Gemeinschaftsschulen tragen zu mehr Chancengerechtigkeit sowie zu besserer individueller Förderung bei und sichern insbesondere in ländlichen Räumen wohnortnahe Schulstandorte mit einem breiten Angebot an Schulabschlüssen. Aber wir ordnen nicht an, sondern eröffnen den Akteuren vor Ort Möglichkeiten zur kommunalen Schulentwicklung, bei der wir beraten und unterstützen. Hierzu haben wir eine Stabsstelle Schulentwicklung im Kultusministerium eingerichtet, die allen interessierten Schulen und Schulträgern als direkter Ansprechpartner zur Verfügung steht. Gerne können Sie sich jederzeit an die Stabsstelle wenden: Norbert Zeller, Schlossplatz 4, 70173 Stuttgart, Telefon 0711-279-2510, norbert.zeller@km.kv.bwl.de.

Wir wollen die **Inklusion** gemäß den Anforderungen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen konsequent umsetzen. Eltern von Kindern mit Behinderung sollen künftig – nach qualifizierter Beratung – selbst entscheiden können, an welcher Schule ihr Kind unterrichtet wird. Das heißt: Die allgemein bildenden Schulen öffnen sich für Kinder mit Behinderung. Umgekehrt öffnen sich auch die Sonderschulen

für Kinder ohne Behinderung. Diese Schulen erhalten die für die Inklusion notwendige personelle, räumliche und sächliche Ausstattung.

Ganztagschulen sind aus unserer Sicht besonders geeignet, die jungen Menschen bestmöglich individuell zu fördern und das Lern- und Arbeitsklima für alle zu verbessern. Deshalb bringen wir den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsangeboten voran und stellen sie mit pädagogischem Personal entsprechend aus.

Wir wollen die **Schulsozialarbeit** flächendeckend ausbauen. Das Land wird den Schulträgern dabei ein verlässlicher Partner sein und sich angemessen an der Finanzierung beteiligen.

Der **Unterrichtsausfall** ist zu hoch. Wir haben erreicht, dass die durch die Vorgängerregierung beabsichtigte Sperrung von 711 Lehrerstellen nicht vollzogen wird. Stattdessen stehen diese Stellen im kommenden Schuljahr für die Unterrichtsversorgung zur Verfügung. Das ist ein wichtiges Signal an die Schulen und Eltern. Außerdem werden wir in einem Stufenplan die Anzahl der Krankheitsstellvertretungen erhöhen.

Alle **Hauptschulen** sollen künftig Werkrealschulen werden können. Sie sollen außerdem ab dem Schuljahr 2012/2013 allen Schülerinnen und Schülern die Option eröffnen, ein zehntes Schuljahr zu besuchen - ohne Notenhürde nach der 9. Klasse und mit der Option, den Hauptschulabschluss entweder am Ende der 9. oder am Ende der 10. Klasse zu machen. Die teilweise Auslagerung des Unterrichts im zehnten Schuljahr der Werkrealschule in die Berufsfachschulen werden wir nicht umsetzen. Bei der Ausgestaltung der Wahlpflichtfächer sollen die Schulen größere Spielräume erhalten und eine breite berufliche Orientierung gewährleisten. Die hierfür notwendigen Schulgesetzänderungen sind in Vorbereitung.

Die **Realschulen** werden wir bei den Herausforderungen unterstützen, die eine zunehmend heterogener gewordene Schülerschaft mit sich bringt. Der Übergang von der Realschule auf ein berufliches Gymnasium soll Schülerinnen und Schülern dadurch erleichtert werden, dass die Bildungspläne besser aufeinander abgestimmt werden.

Die allgemein bildenden **Gymnasien** erhalten ab dem Schuljahr 2012/2013 auf Antrag des Schulträgers und mit Zustimmung der Schulkonferenz die Möglichkeit, zwei Lernwege zum Abitur anzubieten. Grundlage für den neunjährigen Weg zum Abitur ist der Bildungsplan des achtjährigen Gymnasiums. Im G 8 wollen wir die Schülerinnen und Schüler vor allem in der Unterstufe entlasten.

Die **beruflichen Schulen** leisten als dualer Partner nicht nur in der beruflichen Erstausbildung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und zur Integration, sondern auch im Bereich der Förderung der Ausbildungsreife, beim Erwerb von Hochschulzugangsberechtigungen und in der Weiterbildung. Um die beruflichen Schulen bei der Bewältigung dieser vielfältigen Aufgaben zu unterstützen, wollen wir die Handlungsempfehlungen der Landtags-Enquête-Kommission „Fit für das Leben in der Wissensgesellschaft – Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ möglichst umfangreich und rasch umsetzen. Dazu gehören bei entsprechenden Voraussetzungen der Rechtsanspruch auf den Besuch eines beruflichen Gymnasiums, sowie der schrittweise Abbau des Unterrichtsdefizits. In einem weiteren Schritt sollen an den beruflichen Schulen auch Ganztagsangebote eingeführt werden.

Durch tägliche **Sport- und Bewegungsstunden** in der Grundschule wollen wir einen wichtigen gesundheitspolitischen und gesellschaftspolitischen Beitrag leisten. So wird der Solidarpakt Sport fortgeführt werden, unter Wahrung der Strukturen des Breiten- und Spitzensports. Kooperationen zwischen Vereinen, Kindergärten und Schulen werden ebenso forciert wie die Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrerinnen und Lehrer im Bereich Bewegung und Sport. Fanprojekte bleiben erhalten und der kommunale Sportstättenbau wird weiterhin unterstützt.

Unser Bildungssystem steht vor vielen Herausforderungen. Zugleich ergibt sich daraus eine Fülle von Chancen. Lassen Sie uns den Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg gemeinsam voranbringen. Ich lade Sie ein: Nutzen Sie die Möglichkeiten des Dialogs mit mir und dem Kultusministerium, sei es bei Veranstaltungen, durch persönliche Gespräche, einen Brief oder eine E-Mail über das Kultusportal.

Ich freue mich auf einen konstruktiven und vertrauensvollen Austausch.

Mit freundlichen Grüßen



Gabriele Warminski-Leitheußer